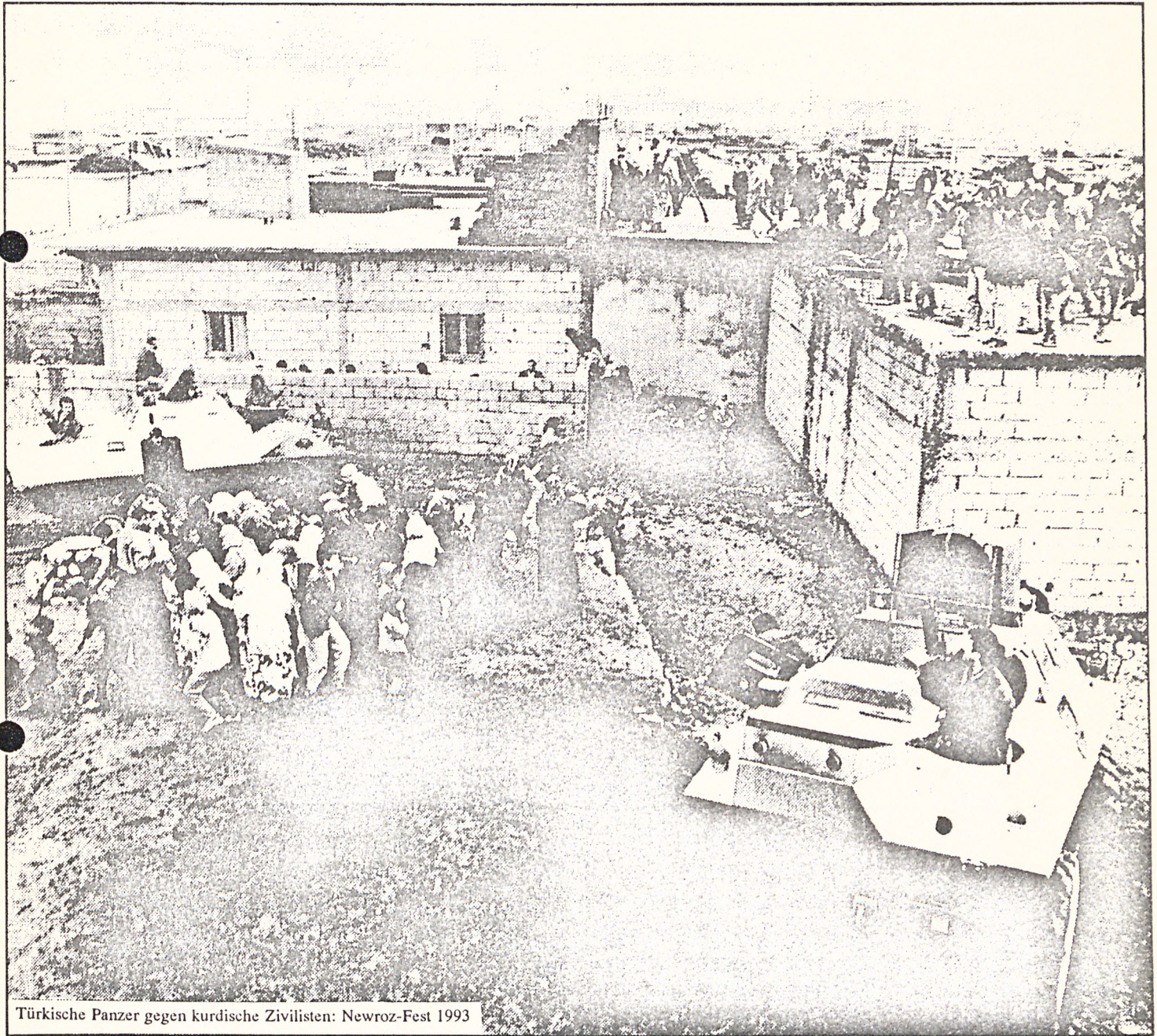


Kurdistan/Infø

— Februar 1994 Nr. 4 —

Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan e.V.



Türkische Panzer gegen kurdische Zivilisten: Newroz-Fest 1993

■ **Türkei: Terror in Kurdistan** ■

■ **Irakisch Kurdistan:** ■
unsere Projekte 1993

Terror in Kurdistan

*"Brunnen werden vergiftet, Bäume geholt,
Frauen und Kinder tränenerstickt vertrieben,
Häuser niedergebrannt,
Vögel ziehen fort in neue Heimat,
sie fliegen über Blut und Tränen.
Das Volk verblutet und wir mit ihm.
Ihr werdet trotzdem nicht sterben.
Ihr werdet ewig leben.
Solange die Liebe lebt."*

(Kurdisches Lied)

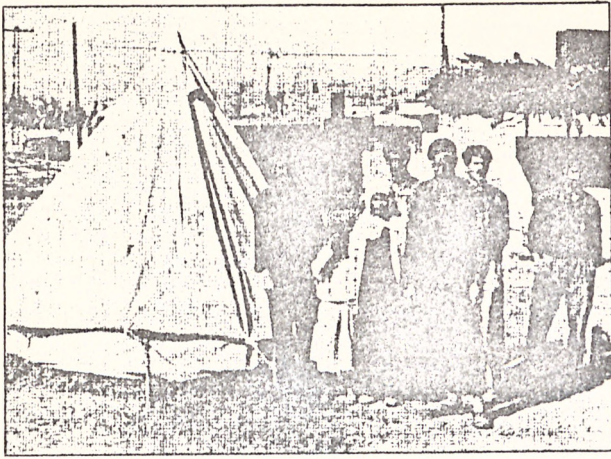
Am Abend des 22. Oktober 1993 begann die türkische Armee die kurdische Kleinstadt Lice mit Panzern, schwerer Artillerie und Hubschraubern zu bombardieren. Nach drei Tagen waren 300 Einwohner tot und viele hunderte verletzt und vermißt. Vierhundert Häuser waren dem Erdboden gleichgemacht, 250 Geschäfte zerstört, die Lebensmittelvorräte vernichtet und das Vieh getötet. Die neuntausend Überlebenden verließen nach dem Bombardement fluchtartig die Stadt.

**Zerstörung des Lebensraums
als "Endlösung der Kurdenfrage"**

Dies war der jüngste blutige Höhepunkt des Krieges der türkischen Armee gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Das Massaker ist Teil einer militärischen Offensive des türkischen Staates, der sich anschickt, ähnlich wie Saddam Hussein Ende der 80er Jahre, das "Kurdenproblem" durch eine systematische Vernichtung des kurdischen Lebensraums zu lösen. Im Laufe der letzten Jahre wurden nicht nur die Städte Sirnak, Kulp, Yüksekova, Cukurca und Lice zusammengeschoßen, sondern auch fast achthundert kurdische Dörfer zerstört. Dabei werden oft die Bewohner auf dem Dorfplatz zusammengetrieben, geschlagen und erniedrigt, Frauen von Soldaten verschleppt und vergewaltigt, "Verdächtige" verhaftet und gefoltert. Die Häuser werden gesprengt oder angezündet, Felder, Ernte und Vorräte gehen in Flammen auf, das Vieh wird erschossen (siehe den Bericht eines

Die Flüchtlinge aus Eruh müssen sich mit drei Familien eine kleine Wohnung in Adana teilen (6.12.93).





Die Dorfbewohner müssen ihre Dörfer verlassen und in die Städte gehen, einer ungewissen Zukunft entgegen (4.11.93)

Die Zerstörung des Dorfes Altinova

Aus dem Brief eines Kurden an verschiedene Organisationen und Regierungen:

"... Am 2. Oktober 1993 kam gegen 16 Uhr eine Militärstreife in unser Dorf. Zufällig hielten sich zum gleichen Zeitpunkt - unerkant von den Bewohnern- zwei Guerillakämpfer der PKK in Altinova auf. Es kam zu einem Gefecht, bei dem ein Offizier, ein Soldat und die beiden Guerillakämpfer getötet wurden.

In der darauffolgenden Nacht, gegen 3 Uhr morgens, - alles lag in tiefem Schlaf - wurde unser Dorf von etwa 1000 Soldaten und Offizieren der regulären Armee gestürmt. Es kamen Panzer aus deutschen Lieferungen zum Einsatz. Die Häuser wurden von den Soldaten mit Benzin angesteckt. Die Bewohner versuchten zu fliehen. Der Familie meines Cousins Nazir Ogüt gelang dies nicht. Ihr Haus wurde von den Soldaten abgeschlossen, Türen und Fenster verrammelt. Dann wurde das Haus angezündet. Mein Cousin, seine schwangere Frau und ihre sieben Kinder verbrannten bis zur Unkenntlichkeit. Das ganze Dorf wurde zerstört, die Männer von ihren Familien getrennt und auf einem Sammelplatz vom Militär gefoltert. Viele wurden verhaftet und in Gefängnisse verbracht. Manche befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Der angerichtete Schaden beläuft sich auf ca. 50 Milliarden türkische Lira (6 Mio. DM). Außer den Häusern wurden sämtliche Wintervorräte an Nahrungsmitteln und Viehfutter vernichtet. Zum Teil wurden Rinder, Schafe und Ziegen getötet, der Rest der Herden hat sich in die Umgebung verstreut. Das Überleben der Bewohner des Dorfes ist nun direkt bedroht. Niemand weiß, wie man durch den harten anatolischen Winter kommen soll. ..."

Betroffenen). Mit der völligen Zerstörung der Dörfer soll die Rückkehr der vertriebenen Einwohner verhindert werden. Mittlerweile sind in den kurdischen Gebieten 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht und dem hereinbrechenden Winter mittel- und schutzlos ausgeliefert. Die Slums der kurdischen Städte wachsen dramatisch an als Folge der systematischen Zerstörung der Existenzgrundlage der Menschen in den Dörfern. Ziel des Militärs ist die Entvölkerung der ländlichen Regionen. Wo dies nicht gelingt, wie in der Region Şırnak, werden ganze Gebiete abgeriegelt und ausgehungert.

Die Gewalt eskaliert

Je brutaler das türkische Militär gegen die kurdische Bevölkerung vorgeht, desto verzweifelter setzt diese ihre letzten Hoffnungen auf die Guerilla der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Immer mehr Jugendliche ertragen die Demütigungen nicht länger und gehen "in die Berge". Die PKK ist inzwischen auf 10.000 bis 15.000 Köpfe angewachsen und wird von der großen Mehrheit des kurdischen Volkes als Befreiungsbewegung angesehen und unterstützt. Gegen die Kurden sind etwa 160.000 Soldaten und paramilitärische Gendarmerie im Einsatz. Dazu kommen 40.000 sogenannte Dorfwächter, d.h. Kurden im Sold der Regierung. Die "Spezialteams" der Polizei und die "Abteilung für besondere Kriegsführung" der Streitkräfte tun sich besonders hervor bei der Terrorisierung der Zivilbevölkerung und der politischen Opposition, während im Kampf gegen die Guerillas der PKK oft die Dorfwächter und die Luftwaffe eingesetzt werden.

Seit Beginn der Kämpfe im Jahre 1984 sind 10.300 Menschen umgekommen, davon allein 3200 im laufenden Jahr 1993. Diese Zahlen zeigen, wie sehr sich der Konflikt in jüngster Zeit verschärft hat. Die PKK erklärte im Frühjahr 93 einseitig einen Waffenstillstand, der jedoch von der türkischen Regierung ignoriert wurde.

Die politische Opposition wird physisch vernichtet

Die türkische Regierung tritt die Menschenrechte mit Stiefeln. Willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Laut *amnesty international* wird "die Folter routinemäßig angewandt". Todesschwadronen und Killerkommandos (*Hisbollah*) liquidieren mißliebige Personen, etwa 1000 Menschen wurden in den letzten zwei Jahren Opfer staatlich geförderter Morde. Der Mordterror richtet sich vor allem gegen oppositionelle Journalisten, Politiker, Abgeordnete und Menschenrechtler, z.B. wurden 47 Mitglieder der inzwischen verbotenen *Partei der Arbeit des Volkes* (HEP) ermordet.

Ein typischer Vorfall: Am 4.9.93 werden am helllichten Tag im Zentrum der Erdölstadt Batman zwei führende DEP-Politiker erschossen, der kurdische Parlamentsabgeordnete Mehmet Sincar und Metin Özdemir. Die Mörder laufen davon in Richtung Polizeiwache und sind plötzlich verschwunden. Die Polizei beschlagnahmt die Leichen und verbietet Beileidsbesuche bei den Familien, statt nach den Mördern zu fahnden. Schließlich werden die Ermordeten heimlich verscharrt, um ein öffentliches Begräbnis zu verhindern. Demokratische Institutionen und Organisationen werden durch Verbote, Bombenanschläge, Verhaftungen und Morde terrorisiert und sollen so zur Kapitulation gezwungen werden: Parteien (HEP, DEP), Menschenrechtsvereine (IHD) und Zeitungen (*Özgür Gündem*, *NEWROZ* etc.). Am 16. 11. 93 wurden neun der bekanntesten Rechtsanwälte in Diyarbakir von der Gendarmerie verhaftet.



Der Postbeamte und Vater von zwei Kindern Kemal Canpolat wurde verhaftet. Nach 13 Tagen wurde seine mit Folterspuren gezeichnete Leiche ausgehändigt (16.11.93).

Die Presse: türkische "Soldat-Journalisten" und deutsche Abschreiber

Die Berichterstattung der deutschen Presse über die Vorgänge in Kurdistan beschränkt sich oft auf die unkommentierte Übernahme von Meldungen der halbamtlichen türkischen Nachrichtenagentur *Anadolu*, deren Verlautbarungen ein Mittel der psychologischen Kriegsführung sind. Auch die häufig zitierte türkische Presse ist ein Instrumentarium der Regierung zur gezielten Desinformation, Kriegshetze und Propaganda. Einer der bekanntesten türkischen Kommentatoren formulierte die Richtlinie: "Jeder Journalist, der Artikel veröffentlicht, welche die Motivation und Laune der Soldaten negativ beeinflussen, ist ein Verräter". Die Berichterstattung ist entsprechend: erschossene Hirtenjungen erscheinen als "Terroristen" in den Meldungen, die von der Polizei zu Tode Gefolterten werden zu "Selbstmördern". Morde der Konterguerilla und der Gendarmerie werden routinemäßig der PKK angelastet. Für besondere "Leistungen" werden die türkischen Medienkrieger als "Soldat-Journalisten" vom Generalstabschef persönlich ausgezeichnet. Oppositionelle Presseorgane werden schikaniert und mit Verboten belegt, ihre Redakteure, Journalisten und Verkäufer werden bedroht, verhaftet, gefoltert oder umgebracht. Dreizehn Mitarbeiter der Zeitung *Özgür Gündem* wurden bisher von der Konterguerilla ermordet. Zeitungshändler, die *Özgür Gün-*

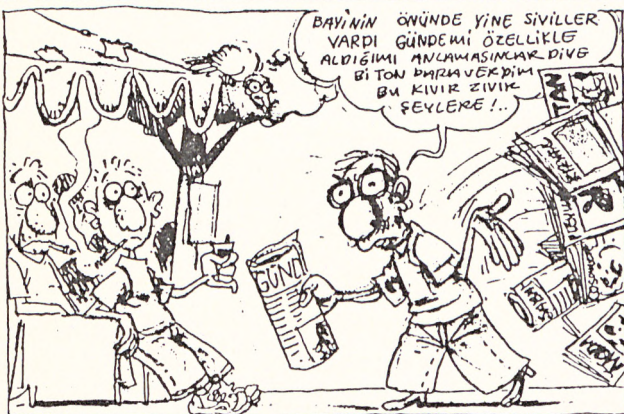
DER SPIEGEL 17. Mai 1993

"Im letzten Jahrzehnt sind in der Türkei mehr als eine halbe Million Menschen aus politischen Gründen in Polizeihaft genommen worden. Praktisch alle wurden gefoltert. In den ersten 500 Tagen der Regierungskoalition (vom 21. November 91 bis 5. April 93) sind 19 Gefangene durch Folter umgebracht worden. Und 493 Menschen wurden durch von der Regierung geduldete Todesschwadronen getötet. 806 Türken und Kurden berichteten den Menschenrechtsvereinen über ihre Folterungen, wobei die Dunkelziffer weit höher liegt: Denn es gehört schon viel Mut dazu, sich über Folterungen zu beschweren."

dem vertreiben, werden erschossen, minderjährige Zeitungsjungen werden mit Beilen erschlagen (FR vom 10.11.93). Kein Mörder wurde je gefaßt. Internationale Presseorganisationen haben die Türkei zum weltweit gefährlichsten Land für Journalisten erklärt.

Selbst die Leser werden kriminalisiert: Ünal Erkan, Gouverneur in Diyarbakir und oberste Instanz der Gebiete unter Ausnahmezustand, definiert: "Terroristen sind nicht nur die, die eine Maschinenpistole in der Hand halten und auf Türken richten, sondern es sind auch diejenigen, die die Gündem kaufen oder lesen". Am 12.12.93 wurden 107 Mitarbeiter von *Özgür Gündem* verhaftet und die Zeitung verboten.

"Vor dem Kiosk standen schon wieder Zivilpolizisten. Damit sie mich nicht verdächtigen, daß ich nur *Özgür Gündem* lese, mußte ich den ganzen anderen Quatsch auch kaufen"



Politiker als Marionetten der Generäle

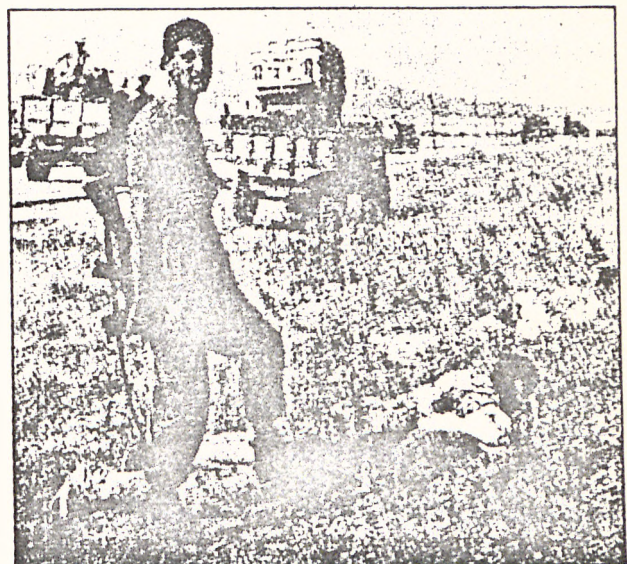
Die wichtigsten politischen Entscheidungen werden im Nationalen Sicherheitsrat der Türkei getroffen. Seine Mitglieder sind in der Mehrzahl Generale, darunter der starke Mann der Türkei, Generalstabschef Dogan Güres, daneben die Ministerpräsidentin Tansu Ciller, der Staatspräsident Süleyman Demirel und einige Minister. In seiner Sitzung vom 25. Oktober 1993 bezeichnete der Sicherheitsrat die kurdische Bevölkerung als "terroristisch" und sagte ihr den "Vernichtungskrieg" an. Wenige Tage später erklärte Güres vor der Presse: "Wir werden sie alle totschiagen. Die führenden Kader der PKK werden liquidiert" (Hürriyet vom 28.10.93). Die Ministerpräsidentin Tansu Ciller hat keinerlei Hand-

lungsspielraum im Kurdenkonflikt und leugnet ihn daher schlichtweg: für sie gibt es keine Kurdenfrage, sondern nur ein Terrorismusproblem. Dahingegen warnte der verstorbene türkische Staatspräsident Turgut Özal in einem "streng geheimen" Brief davor, den Kurdenaufstand lediglich unter dem Gesichtspunkt des Terrorismus zu betrachten (FR 19.11.93). Özal bezeichnete die Kurdenfrage als "das größte Problem in der Geschichte der türkischen Republik" und bereite eine politische Offensive vor. Ende April 1993 hatte Özal den Sicherheitsrat zu einer Sondersitzung einberufen, um den Generälen eine politische Lösung vorzuschlagen. Eine Woche vor diesem Termin starb er. Kurdische Quellen halten seinen Tod zu diesem Zeitpunkt nicht für krankheitsbedingt.

Deutsche Kriegsbeteiligung:

Waffen für die Militärs

Der Krieg gegen die Kurden zerrüttet die türkischen Staatsfinanzen. Im Jahre 1992 verschlang der Krieg 7,5 Milliarden Mark, für 1993 werden 13 Milliarden Mark veranschlagt (FR vom 23.11.93). Die Inflationsrate liegt zur Zeit bei 71%. Aus eigener Kraft könnte die Türkei ihre gewaltige Kriegsmaschinerie nicht am Laufen halten. Aber es gibt ja die treuen NATO-Bündnispartner, allen voran die Bundesrepublik. Von 1980 bis 1991 finanzierte die deutsche Bundesregie-



Dieses Bild entstand bei einer Militärkontrolle zwischen Cizre und Nusaybin. Türkischer Soldat und auf dem Boden liegende kurdische Zivilisten (27.7.93).

rung mit 3,95 Milliarden Mark Steuergeldern die Aufrüstung der Türkei. 1992 betrug die deutsche Rüstungs-sonderhilfe 1,5 Milliarden Mark. Ab 1991 lieferte die deutsche Regierung der Türkei kostenlos Rüstungsgüter aus den Beständen der NVA im Wert von 2,1 Milliarden Mark. Von 1985 bis 1991 genehmigte die Bundesregierung westdeutschen Rüstungskonzernen die Ausfuhr von Rüstungsgütern an die Türkei im Wert von 3,7 Milliarden Mark. Die Bundesregierung lieferte der türkischen Armee unter anderem: 190 Abschlußapparate für Giftgas, 600 Leopardpanzer, 300 BTR-60-Panzer mit 60 Millionen Schuß Munition, 200 Flugzeuge und Hubschrauber, 41.000 Kraftfahrzeuge und Kraftäder, 256.125 Kalaschnikows mit 450 Millionen Schuß Munition, 5000 Maschinengewehre mit 300 Millionen Schuß Munition usw. Die Lieferungen aus NVA-Beständen wurden von der Regierung im Bundestag als "Abgaben im Rahmen humanitärer Hilfe" deklariert.

Die Bundesregierung leugnet zwar den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung, doch zahlreiche Berichte beweisen das Gegenteil (z.B. Fernsehmagazin Monitor vom 18.11.93). Inzwischen unterstützt die Kohl-Regierung völlig schamlos die türkische Aggressionspolitik. Ein Antrag auf Waffenembargo gegen die Türkei anlässlich der Bombardements kurdischer Städte wurde abgelehnt mit der Begründung: "Die türkische Regierung hat erklärt, daß es sich bei den Angriffen auf Militär- und Polizeistationen in Sirnak und verschiedenen Orten um gewaltsame Übergriffe extremistischer Kurdengruppen von fremdem Staatsgebiet gehandelt habe." (Bundestagsdrucksache 12/5522).

Krämerseelen, die über Leichen gehen

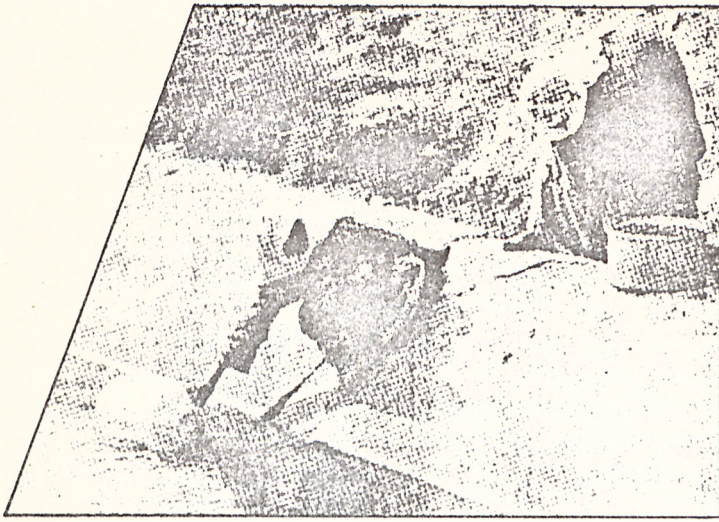
Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und nach den USA ihr größter Waffenlieferant. Es winken aber noch weit lukrativere Geschäfte, denn seit dem Zerfall der Sowjetunion gilt die Türkei als Sprungbrett für die Eroberung der Märkte Zentralasiens. Die deutsche Außenpolitik verkümmert immer mehr zum verlängerten Arm der Exportindustrie. Diese will

Gewinne um jeden (politischen) Preis machen, sei es durch Lieferungen von Kampf- flugzeugen in die Türkei, von Giftgasanlagen in den Irak oder von Nukleartechnologie in den Iran. Staatliche Massenmörder werden prompt bedient und ihre Vertreter werden auf Regierungsebene hofiert (z.B. der iranische Geheimdienstchef bei seinem Besuch in Bonn). Die Bundesregierung setzt Geschäftsinteressen über Menschenrechte und handelt mit Militärs und Diktatoren auf Kosten der Bevölkerung.



Das Verbot kurdischer Gruppen: "Vielen Dank, Herr Kohl!"

lautete die (deutsche) Schlagzeile der türkischen Zeitung Hürriyet am 27. November 1993. Am Vortage hatte die deutsche Bundesregierung die PKK und 35 kurdische Arbeiter- und Kulturvereine verboten. Damit machte sich auch der deutsche Innenminister zum Erfüllungsgehilfen der türkischen Unterdrückungspolitik. Vorbereitet wurde die Maßnahme durch eine enge Zusammenarbeit türkischer und deutscher Geheimdienste (Hürriyet, 28.11.93). Das Verbot der in Deutschland nicht existierenden PKK ist ein eindeutiges politisches Signal in Richtung Ankara, das von den Scharfmachern in der türkischen Regierung als Bestätigung und Unterstützung ihres Konfrontationskurses gewertet wird. Die Illegalisierung der Vereine richtet sich gegen hundertausende von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik, die damit politisch eingeschüchtert und kulturell zurückgedrängt werden. Das Verbot von kurdischen Kultur- und Sportzentren,



Die Frauen tragen das Leid der Vertreibung auf ihren Schultern. Sie wohnen in zerfetzten Zelten und müssen Wasser aus Bewässerungskanälen holen (23.10.93).

Frauenvereinen, Zentren für muttersprachlichen Unterricht und einer unabhängigen Nachrichtenagentur ist eine Angleichung an die Verfolgungs- und Unterdrückungspraxis in der Türkei. Offensichtlich sollen die kurdischen Stimmen in Deutschland wie in der Türkei zum Schweigen gebracht werden. Niemand soll mehr daran erinnern, daß in Kurdistan ein Völkermord stattfindet und daß die Bundesregierung mit massiven Waffenlieferungen und Milliarden Mark von Steuergeldern die türkische Armee in ihrem Vernichtungskrieg gegen die Kurden unterstützt.

Flucht - aber wohin ?

Die vertriebene kurdische Zivilbevölkerung sucht Zuflucht in den Städten. Diyarbakir, die heimliche Hauptstadt Kurdistans, wuchs in den letzten Jahren von 300.000 auf über eine Million Einwohner. Viele Kurdinnen und Kurden fliehen in den Westen der Türkei. Jede türkische Großstadt hat heute riesige Slums mit Millionen von entwurzelten kurdischen Frauen, Männern und Kindern, die immer häufiger türkischen Progromen ausgesetzt sind. 1992 kamen 28.327 Flüchtlinge aus der Türkei in die Bundesrepublik, fast alle aus Kurdistan. Über 90% von ihnen erhalten kein Asyl. Abgeschobene Asylbewerber werden im allgemeinen bei der Rückkehr in der Türkei festgenommen und gefoltert (Bericht von *ai*, 10.12. 92). Durch das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine in Deutschland wird der Asylgedanke vollends pervertiert: jeder kurdische Flüchtling, der in der Opposition aktiv war, wird jetzt auch von deutschen Behörden als potentieller "Terrorist" behandelt und gegebenenfalls wieder an seine Folterer ausgeliefert.

Politische Lösung statt Völkermord

Der Krieg in Kurdistan eskaliert. Es wird keine Sieger geben, sondern nur noch mehr Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung. Die türkische Armee will Friedhofsruhe in Kurdistan und treibt ihre Winteroffensive mit Bombardierungen kurdischer Dörfer voran. Die deutsche Politik richtet sich gegen den Frieden im Nahen Osten. Durch Waffenlieferungen an die türkischen Militärs für den Krieg gegen die Kurden, durch das Schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen, zu staatlichen Morden und ethnischen Säuberungen in Kurdistan, durch das Verbot kurdischer Vereine und Organisationen in Deutschland und die Abweisung kurdischer Flüchtlinge ergreift die Bundesregierung eindeutig Partei für die Kriegstreiber in der türkischen Armee. Damit machen sich Kohl, Kinkel, Kanter & Co. mitschuldig am Völkermord in Kurdistan.

Doch Vertreibung und Unterdrückung sind keine Grundlage für eine dauerhafte Lösung des Konflikts. Die einzige Alternative zum drohenden Völkermord sind politische Verhandlungen, zu denen man die Türkei offensichtlich zwingen muß.

Die Türkei-Politik der deutschen Regierung muß sich ändern, und sei es durch Änderung der Regierung bei den nächsten Bundestagswahlen. Die Forderungen an eine Bundesregierung, die sich humanitären und demokratischen Grundsätzen verpflichtet fühlt, liegen auf der Hand:

- **sofortigen Stopp der Waffenhilfe für die Türkei**
- **wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen die Türkei, solange diese Krieg gegen die Kurden führt und die Menschenrechte mißachtet,**
- **Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes,**
- **Wiederzulassung der kurdischen Vereine und Organisationen in Deutschland**
- **keine Abschiebung kurdischer Flüchtlinge in die Türkei**

Menschenrechte in der Türkei: Schein und Wirklichkeit

■ **Gastbeitrag eines kurdischen Rechtsanwalts**

Die Art und Weise, wie in der Türkei vom Geschehen abgelenkt, die politische Diskussion verwirrt und die Aufmerksamkeit der Menschen auf nur scheinbar wichtige Ereignisse gezogen wird, ist das Produkt meisterhafter politischer Raffinesse. Die türkische Öffentlichkeit, die dieser Politik zum Opfer fällt, folgt, wie ein türkisches Sprichwort sagt, wie der Faden hinter der Nadel drein. So sind in rasanter Weise die von den Politikern gegebenen Versprechen und die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen aufgegeben und vergessen worden.

Wie wir uns erinnern, hatte die an der Macht befindliche Regierung versprochen, demokratische Reformen durchzuführen, die soziale Entwicklung und Stabilität zu sichern und ein Klima des Friedens zu schaffen. Dafür hatte sie um Unterstützung im In- und Ausland gebeten.

In der Türkei hatten sich von diesen Perspektiven mit Ausnahme einiger Intellektueller alle überzeugen lassen und viele unterstützten die Regierung Ciller hoffnungsvoll. Die Regierungen der europäischen Länder, die demokratischen Organisationen und die Öffentlichkeit in einigen dieser Länder hatten der türkischen Regierung gegenüber eine sehr gutwillige und tolerante Haltung eingenommen und ihr Anerkennung ausgesprochen. Wie die letzten Entwicklungen zeigen, so wird diese Toleranz immer noch geübt. In diesem Land hat sich jedoch ein schrecklicher Abgrund zwischen der erhofften und der tatsächlich eingetretenen Entwicklung aufgetan. Anstatt Bedingungen des Friedens und der Demokratie zu schaffen, übt die national-konservative Regierung in Ankara, die in Wirklichkeit keine Regierung der Völker in der Türkei, sondern eine der Offiziere und einiger Geschäftsleute ist, jegliche ihr nur mögliche Unterdrückung aus, um eine Veränderung des status quo zu verhindern. Dabei werden türkisches und internationales Recht und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen vollständig mißachtet, das Land insgeheim mit Kriegsrecht regiert.

Was tut die Regierung?

Hierüber geben die von internationalen Organisationen erstellten Berichte zur Lage der Menschenrechte in der Türkei detaillierte Auskunft. Da diese Dokumente hier nicht systematisch dargestellt werden können, müssen einige ausgewählte Beispiele genügen.

Mit großer Mühe und nur mit dem Ziel, den schönen Schein zu wahren, wurde die Veränderung der Strafrechtsordnung (CMUK) in Angriff genommen. Entgegen den allgemeinen Mutmaßungen wurde jedoch nicht die geringste Demokratisierung dieses Gesetzeswerkes erreicht. Ganz im Gegenteil: der Anwendungsbereich wurde differenziert, Gesetze sind jetzt abhängig vom geographischen Ort in der Türkei.

Bei politischen Vergehen oder Vergehen aufgrund der Verbreitung von Meinungen kann eine Person in den Provinzen des Ausnahmezustandes für die Dauer von mindestens 15 bis höchstens 30 Tagen von der Polizei oder der Gendarmerie festgenommen und verhört werden, ohne daß eine richterliche Entscheidung eingeholt werden muß. Während dieser Zeit können die Festgenommenen keinerlei Kontakt zur Außenwelt, auch nicht zu Rechtsanwälten, aufnehmen. Dieselbe Person kann wegen desselben Vergehens in den anderen Provinzen der Türkei 4 bis 8 Tage in Haft genommen werden.

Wie schon in früherer Zeit, so konnte auch während der letzten Regierungsperiode die freie Meinungsäußerung und die Verteidigung der Meinungsfreiheit nicht vom Begriff der Straftat befreit werden. Im Gegenteil, die Repression in dieser Richtung, insbesondere gegenüber der Presse, werden immer mehr verstärkt und bleiben nicht einmal mehr hinter den Verhaftungen und Prozessen während der Periode der Militärherrschaft nach dem 12. September 1980 zurück.

Am Freitag, dem 10.12.1993, dem internationalen Tag der Menschenrechte, wurden in Istanbul und Diyarbakir die Räume der Tageszeitung *Özgür Gündem*, die kritisch aus den kurdischen Gebieten berichtet, von türkischen Sicherheitskräften überfallen und alle dort beschäftigten Personen ohne weitere Erklärung festgenommen. Allein in Istanbul füllten die Festgenommenen zwei Autobusse.

Der Journalist und Schriftsteller Günay Aslan wurde wegen seines Buches mit dem Titel *Dreiunddreißig Kugeln* verurteilt und ins Gefängnis gebracht. In einem früheren Verfahren wegen des gleichen Buches war der Schriftsteller freigesprochen worden. Dieser Vorgang ist besonders interessant: Das Gesetz Nr. 3713 (Gesetz zur Terrorbekämpfung) verfügte u.a. die Aufhebung der §§ 141 und 142 des türkischen Strafrechts, die Gesinnungsstraftaten umfaßten. Aufgrund dieser Strafrechtsänderung, die während des ersten Verfahrens in Kraft trat, war Günay Aslan freigesprochen worden. Nach dem § 8 Abs. 1 des Terrorbekämpfungsgesetzes wurde der Schriftsteller jedoch erneut verhaftet und wegen des gleichen Buches diesmal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach § 8,1 hatte er mit der Verfassung seines Buches eine Terrorstrafat begangen.

Politische Parteien wie die HEP wurden verboten. Gegen ihre Nachfolgepartei, die DEP, läuft ein Verfahren zum Parteiverbot. Der Druck auf die demokratischen Massenorganisationen und deren Mitglieder nahm ständig zu. Staatsanwälte wurden gezwungen, Gerichtsverfahren mit dem Ziel des Verbotes dieser Vereinigungen einzuleiten, so gegen die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins in Istanbul. Gegen zahlreiche Personen des Leitungspersonals wurden Haftbefehle erlassen. In Diyarbakir nahm man 24 Vertreter der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen fest, weil sie in einer Veröffentlichung die Praxis der Hinrichtungen ohne Gerichtsurteile seitens der Polizei und Gendarmerie verurteilt hatten.

Ein weiteres Beispiel staatlichen Handelns außerhalb jeglichen Rechts ist das Verfahren, eine Person, die aufgrund eines Schuldvorwurfs festgenommen, verhört und ins Gefängnis gebracht worden ist, während des laufenden Verfahrens und trotz erfolgter mehrfacher Vorführung vor den Haftrichter, erneut zum Verhör in die Zentren der Gendarmerie und Polizei zu verlegen, um dort das Verhör wieder aufzunehmen.

So wurde - ein Beispiel von vielen - im Gefängnis von Mardin am 30.9.1993 Musat Seydaogullar erneut aus dem Gefängnis zum Verhör gebracht. Diese Praxis ist nach § 37,3 des Terrorbekämpfungsgesetzes (Nr. 3717) ermöglicht worden. Es steigt die Zahl der Fälle in erschreckender Weise, in denen Personen während des Verhörs verschwinden, ohne daß den Familienangehörigen die geringste Auskunft über den Verbleib der Personen nach ihrer Festnahme gegeben wird, und es steigt die Anzahl der Fälle, in denen die Leichen der Festgenommenen den Familien mit der Erklärung übergeben wurde, die Personen hätten Selbstmord begangen oder einen tödlichen Herzanfall erlitten. In der Türkei und hier vor allem in den kurdischen Provinzen läuft jeder Gefahr, während der Haft umzukommen bzw. zu 'verschwinden'. Hunderte von Namen können in den Berichten unabhängiger Organisationen nachgelesen werden.

Während heute in Kurdistan-Türkei die Repression von Tag zu Tag zunimmt und auch nicht der geringste demokratische Fortschritt zu beobachten ist, wird jeder Kurde als PKK-Sympathisant, als Terrorist bezeichnet. In diesem Sinne ist nun ein neues Gesetz in Vorbereitung. Nach dem Gesetzesentwurf werden Personen, die auf die Aufforderung der PKK hin und aus Angst vor eventuellen Folgen einer Verweigerung ihre Geschäfte und Arbeitsstätten schließen oder der Organisation Hilfe leisten, als Mitglieder der PKK, ihr Handeln als Terrorstraftat eingestuft. Desgleichen werden Rechtsanwälte, die diese Personen vor Gericht vertreten, in diese Bewertung mit eingeschlossen. So wurden am 16.11.1993 und in der Zeit danach 16 Rechtsanwälte aus Diyarbakir von der Gendarmerie ergriffen und ohne irgendeine richterliche Begründung mehr als drei Wochen lang im Verhörzentrum in Diyarbakir festgehalten. Der Terrorbegriff ist so weit gefaßt worden, daß es möglich ist, jeden, der den Mund aufmacht, als Terroristen zu verurteilen.

Es werden immer umfassendere Gesetze konstruiert um zu verhindern, daß sich Kurden kulturell und politisch darstellen können. Die Kurden sind rechtlich in keiner Weise anerkannt, obwohl sie mehr als ein Viertel der Bevölkerung stellen.

Wie stellt sich die Türkei dabei nach außen dar?

Wie in der Vergangenheit, so wird auch heute von der türkischen Regierung jedes ihr vorgelegte internationale Dokument unterschrieben. Im Innern aber werden die Bestimmungen dieser Dokumente nicht eingehalten. So unterzeichnete die Türkei 1988 das 'Europäische Abkommen zur Verhinderung der Folter'. Trotzdem kann nach dem Gesetz zur Terrorbekämpfung

der folternde Polizeibeamte oder Diensthabende nicht verhaftet werden. Er bleibt auf freiem Fuß und versieht den Dienst weiter bis zu einer möglichen Verurteilung in einem Prozeß, dem zudem der Gouverneur der Provinz (Vali) zustimmen muß.

Auch das Abschlußdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde von der Türkei unterzeichnet. Darin enthalten ist die Anerkennung der Existenz und Rechte von Minderheiten. 1987 unterzeichnete die Türkei den europäischen Vertrag zur Einhaltung der Menschenrechte und akzeptierte 1990 durch ihre Unterschrift auch den Paragraphen des Menschenrechtsabkommens, der die Individualklage beim Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zuläßt. Obwohl die Türkei sich bei jeder Gelegenheit der Mitunterzeichnung dieser internationalen Vereinbarungen rühmt, kann der Sondergouverneur der Ost- und Südostprovinzen, der Super Vali Türkei-Kurdistan, unwidersprochen folgendes erklären: "Wer sagt, es werde in der Türkei gefoltert und es werden Menschenrechte verletzt und jeder, der denen Hilfe leistet, die solches sagen, ist ein Terrorist."

Angesichts dieser Situation ist zu fragen, ob die Türkei glaubt, Dokumente der Menschenrechte oder Dokumente der Grausamkeit unterschrieben zu haben?



Die Tageszeitung *Özgür Gündem* berichtet offen über die Lage in den kurdischen Regionen und ist daher massivsten staatlichen Repressionen ausgesetzt: 16 ermordete Mitarbeiter, verhaftete Redakteure, Verbote von Ausgaben, und seit 10.12.93 eine massive Verhaftungswelle in mehreren Städten.

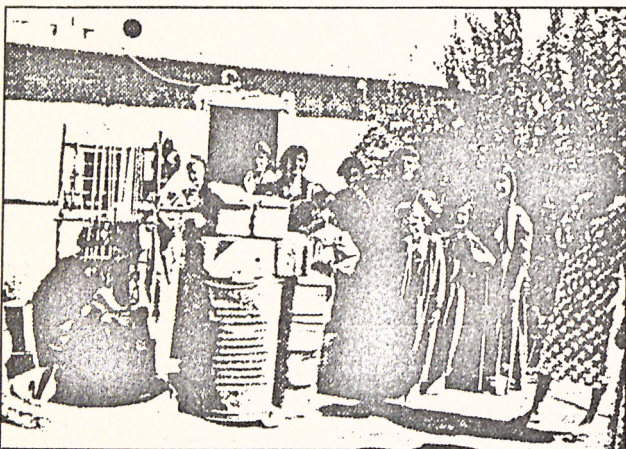
Unsere Projekte in irakisch Kurdistan 1993

Kurdistan drei Jahre nach dem Golfkrieg

Im Mai 1992 fanden in Südkurdistan die ersten freien Wahlen in der Geschichte Kurdistans statt. Doch die gewählte Regierung wurde bis heute von niemandem anerkannt und die selbstverwaltete Region fällt nach wie vor unter das Irak-Embargo der UN. Zusätzlich boykottiert die irakische Regierung das Kurdengebiet. Es herrscht großer Mangel an lebenswichtigen Gütern bei gleichzeitiger militärischer Bedrohung. Unter diesen Bedingungen ist ein Wiederaufbau des völlig zerstörten Landes aus eigener Kraft nicht möglich.

Die Folgen des Völkermordes und der Vertreibung der Bevölkerung durch die Truppen Saddam Husseins sind noch heute überall sicht- und spürbar. 200.000 Menschen wurden getötet, 180.000 werden vermißt, es gibt zehntausende von Witwen, Waisen und Behinderte aufgrund der Giftgasangriffe. 5000 Dörfer und tausende von Schulen und Krankenstationen sind zerstört. Ganze Landstriche sind vermint, Landwirtschaft und Viehzucht sind nur unter Gefahr für Leib und Leben möglich. Das Volk ist verarmt.

Zum Aufbau der zerstörten Wirtschaftsstruktur des Landes benötigt die Regierung ausländische Unterstützung und internationale Zusammenarbeit. Dazu müßte das UN-Embargo für Kurdistan aufgehoben werden. So lange dies nicht geschieht, ist das Land von Nahrungsmittellieferungen der großen Hilfsorganisationen abhängig. Die Kurden werden zu Bettlern.



1. Wiederaufbau von Krankenstationen

Zusammen mit *Haukarani*, einer Gruppe von Kurden in der BRD, und *wadi*, Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit aus Frankfurt, haben wir in irakisch Kurdistan von Anfang August bis Oktober diesen Jahres verschiedene Projekte vor Ort durchgeführt und finanziell abgesichert.

Das Hospital in Maydan

Vor jeder Entscheidung, ein bestimmtes Projekt zu unterstützen, stehen am Anfang Gespräche mit Vertretern der Regierung und Fahrten durch Dörfer und Kleinstädte. So ist abgesichert, daß wirklich dort geholfen wird, wo es Not tut, und die Besetzung mit Fachkräften auch gewährleistet ist.

Wieder instand gesetzt wurde das Gebäude des ehemaligen Hospitals in Maydan, einer Kleinstadt in der Nähe der iranischen Grenze. Maydan wurde schon 1975 zerstört, die Krankenstation danach von der irakischen Armee als Waffenlager benutzt. Heute leben in diesem Gebiet wieder 12.000 Menschen, bisher ohne medizinische Versorgung. Um das Gebäude nutzbar zu machen, wurde das Dach erneuert, Fenster und Türen eingesetzt, innen und außen verputzt, sanitäre Einrichtungen installiert, Stromkabel und Wasserleitungen verlegt. Die Arbeiten haben ca. 9000 Mark gekostet und wurden durch die Stadt Darmstadt unterstützt.

Das Hospital in Bani Khallan

Eine weitere Krankenstation konnten wir in Bali Khallan in der Nähe von Maydan eröffnen. Da hier das ehemalige Hospital völlig zerstört war, beschlossen wir, das zum größten Teil intakte ehemalige Wohnhaus des Arztes umzubauen. Es wurde ein Anbau für die sanitären Einrichtungen erstellt, ein Brunnen und das Abwassersystem installiert, Strom- und Wasserversorgung sowie Fenster und Türen saniert. Beide Krankenstationen wurden zusätzlich möbliert und mit Heizung und Ventilatoren eingerichtet, so daß sie sommers wie winters benutzbar sind.

Bauen in Selbsthilfe

Die Arbeiten an beiden Orten wurde von den Bewohnern selbst durchgeführt und geschahen in enger Zusammenarbeit und Absprache mit den dort bereits existierenden 'Dorfkomitees'. In Bani Khalan wurde vereinbart, daß alles Geld, das gegenüber dem Kostenvoranschlag eingespart würde, für die Elektrifizierung des Dorfes verwendet werden sollte.

Übernahme durch die kurdische Regierung

Beide Krankenstationen wurden nach Fertigstellung offiziell von der kurdischen Regierung übernommen. Sie sorgt für das Personal, also Arzt und Krankenpfleger, und für die Ausrüstung mit Medikamenten und medizinischem Gerät. Auf Grund des immer noch bestehenden Embargos gegen den Irak, das auch Südkurdistan umfaßt, kann die kurdische Regierung jedoch nur für eine Minimalausstattung sorgen. Auch die von uns gespendeten Medikamente können diesen von der UNO-Regelung verursachten chronischen Mangel in der Regel nur sehr begrenzt mildern.

2. Hilfe zur Selbsthilfe für Frauen in Flüchtlingslagern

Frauen, die die mörderische "Operation Anfal" des irakischen Militärs überlebten und die große Flucht nach dem niedergeschlagenen Aufstand von 1991, überleben nun weiter - unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern. Besonders betroffen sind die Frauen und Mädchen, deren männliche Familienangehörigen ermordet oder verschleppt wurden und die viele Kinder bzw. Geschwister zu versorgen haben. (Beispielsweise trägt ein 15jähriges elternloses Mädchen die Verantwortung für seine vier Geschwister.) Ihnen Verdienstmöglichkeiten zu verschaffen, hat die *Liga der Frauen Kurdistans* bereits bescheidene Nähwerkstätten in den Lagern Schorich und Sumut aus eigenen Mitteln organisiert. Zusammen mit *wadi* haben wir die Arbeit der *Liga*, einer parteiunabhängigen Frauenorganisation, durch Spendengelder unterstützt.



Nähwerkstätten in Schorich und Sumut

Die bestehenden Werkstätten wurden durch Kauf von elektrischen Näh- und Spezialmaschinen (vom lokalen Markt) erweitert sowie Stoffe en gros beschafft.

Am Vormittag produzieren die Frauen gegen geringen Lohn billige Kleidung für die LagerbewohnerInnen. Nachmittags können die Frauen an den Maschinen gegen eine kleine Gebühr für ihren Bedarf arbeiten. Außerdem wurde das Angebot an Nähkursen erweitert, an denen ein sehr großes Interesse besteht.

Schule für Frauen in Schorich

Lesen- und Schreibenkönnen stärken die Voraussetzungen für die eigenständige Versorgung und nicht zuletzt das Selbstbewußtsein und die soziale Stellung. Daher unterstützten wir die Einrichtung einer Alphabetisierungsschule im Lager Schorich. Sie kann 96 Frauen aufnehmen, welche aus Altersgründen aus der staatlichen schulischen Bildung herausfallen. Zwei Lehrerinnen unterrichten hier nachmittags ehrenamtlich seit Oktober 1993.

Für die Schule setzten wir ein Gebäude instand, besorgten Tafeln und Heizungen und stellten für ein halbes Jahr Schreibmaterial zur Verfügung. Die Schreibpulte wurden von der Taubstummeneinigung in Sulaimaniya gebaut, die auch viele Einrichtungsgegenstände der beiden Krankenstationen fertigte.

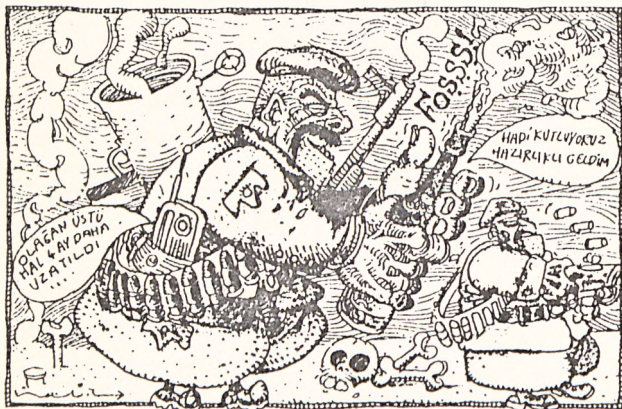
Da sich fast 150 Frauen für den Schulbesuch angemeldet haben, möchten wir die Erweiterung der Schule finanziell unterstützen. Bedarf gibt es auch in den anderen Lagern. Die Mittel für Einrichtung und Betrieb für ein halbes Jahr sind gering: ca. 2.000 Mark.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen

Verhindern wir Ausschreitungen des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung während der Newroz-Feiern 1994.

Aufruf zur Teilnahme an Beobachterdelegationen im Zeitraum vom 18. bis 30. März 1994

vorbereitet und durchgeführt
in Zusammenarbeit mit
medico international, Frankfurt, und
dem Menschenrechtsverein Diyarbakir.
Kontakt und Informationen:
Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan,
Telefon 20385



"Der Ausnahmezustand wurde wieder um 4 Monate verlängert..." "Komm, wir feiern." (Özgür Gündem)

'Darmstädter' Schule in Timar eröffnet

Unser erstes großes Bauprojekt in irakisch Kurdistan ist nach einem Jahr Bauzeit abgeschlossen. Die 6klassige Mittelpunktschule wurde gemeinsam mit der 'Kurdischen Gemeinde Darmstadt e.V.' finanziert und vor Ort in Zusammenarbeit mit der 'Kurdistan Charity Society' gebaut. Im Sommer 1993 konnte die Schule vom Erziehungsminister offiziell eröffnet und dem Lehrbetrieb übergeben werden. Die Kinder aus 20 Dörfern des Bezirks Karadagh haben nun endlich wieder ihre eigene Schule mit Dach, Fenstern, Heizung, Stühlen, Tischen und Toiletten! Das kurdische Fernsehen berichtete über das Projekt als ein Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit zwischen einer deutschen und einer kurdischen Hilfsorganisation. Wir danken allen Unterstützern, die das Projekt ermöglicht haben, ganz herzlich!

Spendensammlungen

■ Kurdistan-Türkei: Vertreibung, Verhaften, Folter, Mord.

Wir unterstützen die zivilen Opfer des Krieges und der Repression. In Zusammenarbeit mit den *Menschenrechtsvereinen* und dem *Kurdischen Roten Halbmond*.

Der Krieg wird geleugnet, Europa schaut weg und unterstützt die Türkei. Helfen Sie den Kurd/innen unter dem Stichwort *Menschenrechte*.

■ Kurdistan-Irak: Trümmer, Minen, Armut, Lager.

Hilfe zur Selbsthilfe für die Frauen in den Flüchtlingslagern: selbstverwaltete Werkstätten und Alphabetisierungskurse. In Zusammenarbeit mit *wadi* und der *Liga der Frauen* Kurdistans. Helfen Sie mit einer Spende unter dem Stichwort *Frauenliga*.

Spendenkonto:

**Darmstädter Solidaritätskomitee
Kurdistan e.V., Konto-Nr. 618 373 bei der
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50.**

Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt, d.h.
Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Bei Spenden bis 100.-DM gilt Einzahlungsquittung als
Spendenbeleg.

■ Medikamentensammlung

Für die Dorfambulanzen in irakisch Kurdistan werden Medikamente benötigt. Informationen bei Diari Nadjmadin, Tel. 06071-37810

Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan e.V., Postfach 110 142, 64216 Darmstadt.

Wir unterstützen Wiederaufbau- und Selbsthilfeprojekte in Kurdistan-Irak, die Arbeit kurdischer Menschenrechts- und Hilfsorganisationen in der Türkei und organisieren Kultur- und Informationsveranstaltungen. Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes als Grundlage für ein Leben in Frieden und Freiheit.